

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Vertrieb wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,40 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamizeile 45 Goldpfennige. Die zweispaltige Zeile oder deren Raum 25 Goldpfennige, die Reklamizeile 75 Goldpfennige. Für telephonisch erteilte Aufträge Uebernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 134

Altensteig, Samstag den 12. Juni

1926

## Wochenrundschau

Man wird diese Woche in mancherlei Hinsicht eine schwarze Woche nennen können, zumal im Blick auf die Vorgänge im Reichstag, eine Woche, die innerpolitisch zu weiterer Zerküftung und Verschärfung der parteipolitischen Gegensätze führte und die das Ansehen des Reiches im Ausland schädigte. Das Privat Schreiben des Reichspräsidenten Hindenburg an den früheren preussischen Staatsminister von Döbel, in dem er seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Volksentscheid auf Enteignung der früheren Fürsten Ausdruck gibt, hat bei seinem Bekanntwerden in der Reichshauptstadt bei den Parteien der Linken und teilweise auch in der Mitte, also bei den Regierungsparteien, eine Erregung hervorgerufen. Hindenburg hat allen Kombinationen dadurch ein Ende gemacht, die an sein Schreiben geknüpft wurden, daß er sich ausdrücklich zu ihm bekannte und die Veröffentlichung nicht beanstandete. Die Reichsregierung aber ließ erklären, daß sie keinen Grund habe zu dem Schreiben Stellung zu nehmen, da es als Privatbrief und nicht als amtliche Korrespondenz gekennzeichnet sei. Hindenburg lehnt den Volksentscheid vom 20. Juni aus den Grundlagen des Rechtsstaates heraus ab, wie es die Regierungen Luther und Marx bisher getan haben. Er geht aber noch einen Schritt weiter und verurteilt den Volksentscheid auch aus sittlichen und moralischen Erwägungen und nicht zuletzt aus staatspolitischen Gründen.

Es ist selbstverständlich, daß der Reichspräsident im freien Volksstaat das Recht der freien Meinungsäußerung hat, daß es dazu keiner Einwilligung der Regierung bedürfte. Der Reichspräsident ist nur durch Artikel 50 der Verfassung beschränkt, in dem es heißt, daß alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister bedürfen. Es wäre danach auch dem Reichspräsidenten nicht unterbunden gewesen, in einer öffentlichen Kundgebung an das deutsche Volk seine Meinung über das Volksbegehren vom 20. Juni Ausdruck zu geben. Es ist eine Verleumdung der demokratischen Staatsverfassung, wenn dem Reichspräsidenten aus der Tatsache, daß nun seine Meinung über den Volksentscheid der Öffentlichkeit bekannt wurde, der Vorwurf der Verletzung der Verfassung und seines Amtes gemacht wird. Und das ist in der Presse und im Reichstag geschehen und zwar von der Seite, die sich als Hüter der Rechte der Verfassung ausgibt.

Am Donnerstag ist bei der Einbringung der Regierungsvorlage zum Fürstenabfindungsgezet eine Aussprache nicht in erster Linie über das Gesetz, sondern über den Brief des Präsidenten und die Stellung des Reichspräsidenten entstanden, die man als ein dunkles Blatt deutscher Parlamentsgeschichte bezeichnen muß. Nachdem der Reichskanzler und die Regierungsparteien zum Teil mit denselben Argumenten wie der Reichspräsident den Volksentscheid vom 20. Juni abgelehnt hatten, kam die politische Seite des Schreibens des Reichspräsidenten zur Sprache, obwohl der Reichspräsident selbst in seinem Brief betont, daß er politisch zur ganzen Frage nicht Stellung nehmen wolle. So wurde die Sache auf das politische, noch besser auf das parteipolitische Gleise verschoben, und es wurde seitens der äußersten Linken, aber auch in Zirkeln der Sozialdemokratie so heftige Kritik am Reichspräsidenten geübt, daß man die Vorgänge aufs tiefste bedauern muß. Auch die Erklärung von zwei Regierungsparteien, daß die Angelegenheit des Hindenburgbriefes durch die Antwort des Reichspräsidenten nicht erschöpft sei und daß die Veröffentlichung besser unterblieben wäre, wirft ein Licht auf unseren parteipolitischen Wirrwarr. Die Parteien sind damit ihren eigenen Vertrauensleuten in der Regierung in den Rücken gefallen in einer Sache zu der ruhige Ueberlegung und nicht parteipolitische Taktik gehört.

Gewiß wäre zu wünschen gewesen, daß der Reichspräsident aus dem parteipolitischen Streit um die Fürsteneignung ferngeblieben wäre. Die Veröffentlichung des Briefes durch von Döbel kann deshalb auch von anderer Seite betrachtet werden, aber nachdem Hindenburg selbst zu seiner Meinungsäußerung stand, mußte man dem Rechnung tragen, daß der höchste Beamte des Reiches nicht nur eine gehobene Figur ist, sondern ein Mann, der wie jeder Reichsbürger das verbriefte Recht zur Meinungsäußerung hat. Dennoch ist die Frage der Zweckmäßigkeit der Veröffentlichung des Briefes zu bezweifeln, eben weil die innerpolitische Auseinandersetzung durch den Brief in der Sache der Fürstenabfindung verschärft worden ist. Im übrigen hat der Reichstag die Gesetzesvorlage zur Fürstenabfindung an den Rechtsausschuß abgegeben und der Reichskanzler hat mit deutlicher Anspielung darauf hingewiesen, daß nach dem 20. Juni die gesetzliche Regelung gemacht werden muß und daß die Regierung nötigenfalls den Reichstag auflösen werde, wenn der Reichstag weiter in Habscharrigkeit verharre. Die Reichstagsverhandlungen haben den Beweis erbracht, daß die gegenwärtige Regierung nicht mit der nötigen Tatkraft auf ihrem Posten steht und daß alsbald nach dem 20. Juni an eine Erweiterung oder Umbildung der

Regierung herangegangen werden muß. Das Arbeiten eines Minderheitskabinetts hat immer große Schwierigkeiten. Und die gegenwärtige Parlamentsminderheit in der Regierung ist in mehr als einer Frage innerlich so zerrissen, daß nach den Beurteilungen jüngerer Parlamentarier überhaupt nur Neuwahlen eine Besserung bringen können. Bemerkenswert ist nur noch, daß es auch im preussischen Landtag über den Brief Hindenburgs zu beschämenden Szenen kam, die dann zum Abbruch der Sitzung führten. So bleibt am Ende dieser Woche trotz Einbringung des Fürstenabfindungsgezetes und allerlei Regierungserklärungen weitere Unklarheit und keinerlei Entspannung unserer innerpolitischen Lage. Auch in Bayern spielt man mit dem Gedanken einer Auflösung des Landtages, weil dort die Abänderung der Verfassung durch die Stimmenthaltung eines Abgeordneten des Bayer. Bauernbundes gescheitert ist. Die tonangebende Bayer. Volkspartei macht durch ihre amtliche Korrespondenz jedenfalls darauf aufmerksam, daß das bayerische Volk früher als erst im Jahre 1928 zur Wahlurne gehen muß.

In den Wirtschafts- und Handelsvertragsverhandlungen, die wir mit verschiedenen Staaten führen, will es keinen Schritt vorwärts gehen. So sind die Verhandlungen mit Frankreich wieder unterbrochen worden und man muß wohl wieder mit einer Zwischenabmachung rechnen, die endlich ein dauernder Vertragszustand herbeigeführt wird. Dabei gehen die Besprechungen schon weit über Jahresfrist. Auch mit der Schweiz sind Schwierigkeiten in den handelspolitischen Abmachungen aufgetreten. Neuerdings sind auch Differenzen in dem Kaufvertragsvertrag zu verzeichnen und die bewilligten Kreditkredite kommen an allerlei russischen Zusätschen nicht zum Zug. Dies geschieht in dem Augenblick, in dem der deutsche Reichstag fast einstimmig den deutsch-russischen Vertrag, den sog. Berliner Vertrag, verabschiedete.

In diesen Tagen hat der auf Initiative der Reichsregierung gebildete, aus prominenten Vertretern der Wirtschaft und nationalökonomischen Wissenschaft zusammengesetzte Enqueteausschuß seine erste öffentliche Sitzung abgehalten und sein vorläufiges Arbeitsprogramm festgelegt. Bekanntlich ist dem Enquete-Ausschuß die Aufgabe gestellt worden, die durch Krieg und Inflation auf eine völlige neue Grundlage gestellte deutsche Wirtschaft gründlich zu untersuchen, ihre Arbeitsbedingungen zu erforschen, die Erkenntnis der Konjunkturercheinungen zu vertiefen, sowie nach Möglichkeit Prognosen für die weitere Entwicklung zu stellen. Im Zusammenhang hiermit sollen auch die Möglichkeiten und Bedingungen für die von allen Seiten geforderte Rationalisierung einer eingehenden Prüfung und zwar jeweils für die einzelnen Gewerbezweige getrennt, unterzogen werden. Die Behandlung gerade dieser Frage wird äußerster Vorsicht und größter Gewissenhaftigkeit bedürfen.

In Genf haben sich im Völkerbund auf der nun zu Ende gehenden Sommertagung des Rates große Risse aufgetan. Brasilien hat seinen Austritt aus dem Bund angemeldet, Spanien hat erklärt, daß es im September bei den Wahlen zum Völkerbundsrat nicht teilnehmen wird und seinen Anspruch auf einen ständigen Ratssitz aufrecht erhält. Im übrigen besteht noch weitreichende Unklarheit über den Sinn der Erklärungen dieser beiden Länder. Wenn man von der Arbeit des Rates, die in Aufhebung der Völkerbundesfontrolle in Oesterreich und in Ungarn besteht, absieht, so bleibt doch recht wenig Erfolg. Nach altem Vorbild hat der Rat alle wichtigen Fragen einfach vertagt. So die Frage des Saargebietes und der Vereitigung des französischen Militärs, die Gestaltung des Völkerbundesrates auf Grund des Berichtes der Studienkommission und auch die ganze Abrüstungsfrage. Deutschland ist an allen diesen Dingen interessiert, wenigstens soweit es sich nicht noch einmal wie im März peinlichen Situationen aussetzen kann. Ob bis zum Herbst die Frage der Ratserweiterung soweit geklärt ist, daß der Eintritt Deutschlands ohne Hemmungen erfolgen kann, steht noch dahin, wenn auch durch das Verhalten Brasiliens und Spaniens die Wege geebnet erscheinen. Aber fast möchte man sagen, daß dieser Schritt Deutschland zu teuer erkauft ist, wenn zwei Länder, Spanien und Brasilien deshalb dem Rat den Rücken kehren. Gerade die Vorgänge der letzten Wochen in Genf haben zur Genüge gezeigt, daß Deutschland seine Interessen im Völkerbund nicht viel besser wahren kann, als wenn es außerhalb des Bundes steht. Das gilt im besonderen von der Abrüstungsfrage. Wir müssen auch bedenken, daß wir Freundschaften verschmerzen, um dafür doppelte Feindschaften einzutauschen. Der Zwischenfall im Völkerbundsrat, bei dem Graf Bethlen taktisch angegriffen wurde, hat das Ansehen des Gremiums nicht gehoben. Er wird noch zu internationalen Auseinandersetzungen führen.

Der neuerliche Sturz des französischen Franken hat in Paris panischen Schrecken hervorgerufen und man erwägt dort bereits allen Ernstes alle die Maßnahmen, die auch in Deutschland während der Kriegs- und Inflationszeit angewandt wurden, wie wir jetzt sagen können, ohne wirklich praktischen Erfolg. Trotzdem hat man innerhalb der Regierung in Paris bereits einen Ausschuß gebildet, der

sich mit der Durchführung dieser Sparmassnahmen beschäftigen soll. Gedacht ist dabei u. a. an die Einführung der Brotkarte, der Fleischkarte, an die Einführung von Ruhestagen in Bädereibetrieben usw. Daß praktisch damit keine Währung saniert werden kann, ist allmählich bereits geschichtlich erwiesen. Wenn Frankreich trotzdem den Versuch macht, so beweist das eben nur den hohen Grad der Notwendigkeit, wie sie durch die abruisende Währung verursacht wird. Auch die Gerüchte über eine neue Regierungstriebe tauchen wieder auf und sie werden natürlich genährt durch die Unzufriedenheit, die wegen der ständig wachsenden Teuerung sich im Lande mehr und mehr ausbreitet. Hinzu kommen endlich noch außenpolitische Schwierigkeiten, die mit der Frage der Währungsstützung eng zusammenhängen. Man ist in Washington sehr ungehalten darüber, daß Frankreich das Schuldenabkommen mit Amerika nicht ratifizieren will. Um die öffentliche Erklärung des Senators Smoot, der Vorsitzender des Finanzausschusses im amerikanischen Senat ist, daß das Verbot der Anleihe-Gewährung an Staaten, die ihre Schuldenabkommen nicht ratifizieren, in Kraft bleibe, wird ihnen Eindruck auf die öffentliche Meinung in Frankreich nicht verfehlen. Es kann daher nicht Wunder nehmen, daß man sich sogar innerhalb des französischen Kabinetts mit dem Gedanken einer „Regierung der nationalen Konzentration“ trägt. Solange man freilich an den Symptomen herumkurieren, wird auch das nichts helfen. Man wird sich auch in Frankreich auf die weltwirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit einstellen und erkennen müssen, daß eine Währung nicht auf dem Papier konstruiert, sondern nur praktisch erarbeitet werden kann.

Die Koalition der beiden Mächte in China scheint nach den letzten Meldungen Tatsache zu werden. Tschangschin und Wupeifu planen zweifelsohne die Aufstellung der Macht unter sich allein. Voraussetzung dafür ist die militärische Entscheidung über die Truppen der Nationalarmee herbeizuführen, worauf Wupeifu nach der Unterdrückung der Reuterei in einem Teile seines Heeres die ganze Taktik abstellt. Vor allen Dingen wird man aber von der bevorstehenden Aussprache der beiden stärksten Militärführer in Tientsin die endgültige Klärung erwarten können. Was Tschangschin sonst an Hintergedanken haben mag, wird auf dieser Konferenz ebenfalls zutage treten.

## Neues vom Tage

### Änderung der Vergünstigungssteuer

Berlin, 11. Juni. Die Regierung hat dem Reichsrat eine Verordnung vorgelegt zur Abänderung der Bestimmungen über die Vergünstigungssteuer. Insbesondere sollen die unter kulturellen Gesichtspunkten wertvollen Filme begünstigt werden. Bei den reinen Spielfilmen ist an Stelle der bisherigen Staffelföhe ein Einheitsatz von 15 Prozent netto vorgesehen, den jedoch die Gemeinden um fünf Prozent überschreiten und um zwei Prozent unterschreiten können. Neben einer Änderung der Bestimmungen über die Besteuerung der Lichtspieltheater enthält die Verordnung noch die Neuerung, daß Rundfunkempfangsanlagen unter die Vergünstigungssteuer fallen, soweit sie an öffentlichen Orten in Gast- und Schankstätten aufgestellt sind. Künstlerisch hochstehende Theater und Konzerte werden auf einen Einheitsatz von fünf Prozent statt bisher zehn Prozent gebracht, wobei den Gemeinden Ueberschreitungen bis zu drei Prozent und Unterschreitungen bis zu zwei Prozent gestattet sind. Die Verordnung wurde vom Reichsrat nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Die Vertreter von Hamburg, Oldenburg und Braunschweig erklärten, der Verordnung nicht zustimmen zu können, da sie die Einnahmen der Gemeinden allzu sehr schmälere.

### Der Reichspräsident zum Rotekreuztag

Berlin, 11. Juni. Reichspräsident von Hindenburg hat aus Anlaß des am Sonntag, den 13. d. Mts., im größten Teil des Reiches stattfindenden Rotekreuztages an das deutsche Rote Kreuz das folgende Schreiben gerichtet: „Das Rote Kreuz, das allen — ohne Ansehen der Person — seine Hilfe widmet, darf sich an seinem in allen Gegenden Deutschlands in Stadt und Land begangenen Tage auch an alle wenden mit der Bitte, seine Kräfte zu stärken. Ich wünsche von Herzen, daß es auch am diesjährigen Rotekreuztag neue Freunde und Helfer gewinne und daß sein Geist der Hilfsbereitschaft sich mittelste und ausbreite zum Wohle des ganzen Volkes.“ v. Hindenburg.

Die südamerikanischen Staaten und der Völkerbund  
Neuork, 11. Juni. Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, hat sich die brasilianische Regierung an alle südamerikanischen Staaten mit dem Ersuchen gewandt, dem Beispiel Brasiliens zu folgen und nicht mehr an den Arbeiten des Völkerbundes teilzunehmen, da dieser sich über die berechtigten Wünsche aller südamerikanischen Staaten hinwegsetzt habe.



Das Republikshuggejet vor dem Rechtsausfchuf

Berlin, 11. Juni. Der Rechtsausfchuf des Reichstages befchäftigte fih nochmals mit dem völkifchen Antrag auf Aufhebung des Republikshuggejetes. Nach ausgebeharter Debatte wurde der Antrag abgelehnt, dagegen ein Antrag Dr. Rosenfeld (Soy.) angenommen, wonach im Republikshuggejet die Abfchnitte 4 und 5 im Zusammenhang mit Paragraph 7 geftrichen werden, die die Teilnahme an Geheimverbindungen und den Waffenbefit behandeln. Bei diefem Bergehen muß dann nicht mehr auf Zuchthaus erkannt werden.

Zum Fall Leffing

Hannover, 11. Juni. Der Rektor der Technifchen Hochschule, Prof. Dr. Desterler, und einige Mitglieder des Senats haben fih nach Berlin begeben, um über den Fall Leffing mit dem Kultusminifter zu verhandeln. Leffing felbft weilt auch in Berlin, er wollte fogar fprechen, hat aber nun den bekannten Heidelbergger Hofchullehrer Dr. Gumbel beauftragt.

Die ruffifchen Streikelder an die englifchen Bergarbeiter

London, 11. Juni. Wie Reuter erfährt, hat die britifche Regierung nunmehr einen endgültigen Beweis in Händen, daß ein Teil des dem Gewerfchaftsfongreg während des Generalftriks angebotenen Geldes von der Sowjetregierung felbft flammt. Es ift befohlen worden, an die Sowjetregierung eine Note zu fenden, in der Einfpuch erhoben wird.

Unruhen in Kongreg-Polen

Warschau, 11. Juni. In den Eifenwerken von Oſtrowico im füblichen Kongreg-Polen kam es geftern zu fchweren Arbeiterausfchreitungen. Eine aufgeregte Menge belagerte 6 Stunden lang das Polizeikommiſariat und verfuhte es zu fürmen. Bei den fih hierbei entfpinnenden Kämpfen wurden 5 Perfonen getötet und 16 verletzt.

Brafilienf Abfrage an Genf

Genf, 11. Juni. Wie geftern Nello Franco in feiner Erklärung angeklündigt hatte, ließ der Präſident der brafilianifchen Republik dem Präſidenten des Völkerbundrates ein Dokument zugehen, worin der Standpunkt Brafilienf dargelegt wird. Es geht daraus hervor, daß fih Brafilien nicht nur vom Völkerbundstat zurückzieht, fonderen auch aus dem Völkerbund.

Deutſcher Reichstag

Berlin, 11. Juni.

Präſident Löbe kommt auf die geftrigen Vorklängen zurück und erklärt, aus dem kenontrabfichen Bericht fei erſichtlich, daß die Abgeordneten Künſler (Soy.), von Komin (öök.) und Kieſeberg (Da.) unparlamentarifche Zurufe gemacht haben. Die genannten Abgeordneten werden nachträglich zur Ordnung gerufen. Der Abg. Dr. Rosenfeld (Soy.) fei bereits geftern wegen feines Zurufes „Wortbrecher“ zur Ordnung gerufen worden. Der Reſidentrat hatte feftgeſtellt, daß Dr. Rosenfeld feinen Zuruf wiederholt hat, als er bereits gerufen war. (Hört, hört rechts.) Wegen bedarrlicher Wiederholung eines nichtparlamentarifchen Zwischenrufes erteilt Präſident Löbe dem Abg. Dr. Rosenfeld nachträglich einen zweiten Ordnungsruf.

Das Luftfahrabkommen mit Frankreich wird dem Auswärtigen Ausfchuf überwiefen.

Es folgt dann die Abftimmung über das kommunistifche Mißtrauensvotum gegen den Reichftausler. Das Mißtrauensvotum wird in einfacher Abftimmung gegen die Kommunisten abgelehnt. Die Sozialdemokraten enthalten fih der Abftimmung. Die Deutfchnationalen und die Völkifchen stimmen dagegen.

Abg. Engelhardt (D. Pa.) erftattet dann den Bericht des Verkehrsausfchuffes über die Anforderung der zum Bau des Einseitenkanals von Damms bis Eiofthadt notwendigen Mittel im Reichshausaltplan 1927. Der Ausfchuf beantragt eine Entfcheidung, wonach der Ausbau diefes Kanals erfolgen foll. Die Ausfchufentfcheidung wird einftimmig angenommen.

Abg. Schmidt-Dannover (Da.) berichtet dann über die Verhandlungen des Verkehrsausfchuffes beſtänlich der Vollendung von Eifenbahnftrcken.

Den Ausfchufbefchlüffen wird einftimmig zugestimmt. Es folgt die zweite Befugung eines Gefetzes über die Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschafilichen Erzeugung. Es folgen 60 Millionen Mark von der Reichsſteuerbeſtellung zu Darlehen verwendet werden.

Abg. Schmidt-Rödenik (Soy.) berichtet über die Ausfchufverhandlungen. Abg. Behrens (Da.) fordert, daß befondere Mittel für die Arbeitsbefugung, befonders auch für die Moorkultur zur Verfügung geftellt werden. Da angeſtellen neue Anträge eingegangen find, wird die Vorlage an den Ausfchuf zurückverwiefen.

Die Sitzung wird darauf gefchloffen und eine neue Sitzung für 10 Minuten fpäter anberaumt mit der Tagesordnung: Kleine Vorlagen.

Präſident Löbe eröffnete die neue Sitzung um 4 Uhr. Zur Entfcheidung steht der Antrag auf Aufhebung der Immunität des völkifchen Abgeordneten Kube.

Abg. Stöber (öök.) bittet diefen Antrag zu ſtautimmen, damit fein Freund Kube, fo erklärte der Redner, der krofenden Gerechtigkeit überliebert werden könne. (Heiterkeit bei den Völkifchen.) Diefer Antrag fei von der völkifchen Fraktion felbft gefchloffen worden. Der Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Kube wird darauf gegen die Kommunisten angenommen.

Der Bericht des Volkswirtschafilichen Ausfchuffes über Anträge, die fih auf die Lieferungsbedingungen des Koblenfhandels betreffen, wird an den Ausfchuf zurückverwiefen.

Dann werden kleinere Vorlagen beraten. Dann vertagte fih der Reichstag bis 22. Juni.

Württembergifcher Landtag.

Stuttgart, 10. Juni. Der Landtag fehte am Donnerstag in einer Nachmittagsſitzung die Beratung des Juſtizetats fort. Zu nächſt erftattete der Abg. Wolf (Ztr.) Bericht über die Ausfchufverhandlungen. Dann ſprach der Abg. Dr. Schumacher (Soy.) über Klaffenfufit und über das zweierlei Maß bei Polizei und Juſtiz in der Verfolgung rechtsradikaler und kommunistifcher Umtriebe. Mit der orientierten Klagenbeugung werde in Württemberg ein großer Aufg getrieben. Bagatellen nehmen einen zu breiten Raum ein. Die Richter föllen gegen das Publikum böflicher fein. Die Zufände an den Statuarier Gerichten feien unhaltbar. Die Behandlung der Aufwertungsſachen grenze an Rechtsverweigerung und die Stellenbefugung erfolge nach Willfür, woran nach übereinstimmender Anficht der Richter und Affefforen, der Perfonalfekretär, Minifterialrat Bucher, die Schuld trage. In der letzten Zeit feien 12 Juriften überraschend befördert worden, von denen fünf der Tübinger Verbindung Guelphalla angehören. Abg. Dr. Schott (Z.P.) betonte, daß die Zufisbeamten für treues und gewissenhaftes Aushalten in einer Zeit fchwerer Gefchäftsloft Dank verdienen und daß alles getan werden müffe, um die Richter zu entlasten. Württemberg müffe fih energetifch dagegen wehren, daß feine freiwillige Gerichtsbarkeit geändert werde. Die Urteile des Abg. Schumacher feien nicht objektiv. Abg. Dr. Elias (Dem.) wandte fih gegen den Plan, bei den Rechtsstudierenden ein Vorexamen nach dem dritten Semester einzuführen und beſchränkte die Zufände an den Statuarier Gerichten, die infolge Gefchäftsüberlastung vor dem Zusammenbruch ſtehen, als geradezu grotesk und die Beförderungsverhältnisse im Juſtizdepartement als befonders ſchlecht. Er ſteht den Antrag, die weiblichen Gerichtsaffefforen zum würt. Staatsdienst zuzulassen und für die als Schöffen tätigen Frauen eine Entſchädigung einzuführen. Der Redner wünfchte fernerhin ein einfacheres Verfahren in Bagatellſachen, Aufhebung der Unterjudenſchaft, Klage über unerhöht hohe Geldstrafen, über Rechtsunsicherheit infolge verſchiedenartiger Auslegung des Paragrafen 193 St.G.B. (Wahrung berechtigter Interellen) und betonte ſchließlich, daß der Eindringung eines Fideikommiſſariefches mit beſonderem Intereffe entgegenzutreten ſeide.

reide, vom Tannenwald umfäumte Schleiftal in dreizehn Stunden zu erreichen ift.

Freudenſtadt, 9. Juni. (Hotelpacht.) Fr. Julie Stöfger und Gerhard Stöfger haben das Hotel Continental in Stuttgart gepachtet. Zu dem modernen eingerichteten Hotel gehört außer einem Cafereſtaurant auch ein Weinreſtaurant. Die Ueberrahme erfolgt in diefen Tagen.

Sulz a. N., 9. Juni. Die Amtsverfamlung hat befohlen, an einem bei der Kraftpoſtlinie Sulz-Dornſetten entſtehenden Abmangel 25 Prozent zu übernehmen, während der Reft von den beteiligten Gemeinden getragen werden foll. (Am Gefamtabmangel trifft es den Bezirk Freudenſtadt mit 40 Prozent, den Bezirk Sulz mit 60 Prozent.) Ferner wurde befohlen, daß die Amtverſamlung die fämtlichen im Bezirk laufenden Autolizen den beteiligten Gemeinden gegenüber 25 Prozent des Abmangels übernimmt.

Rottenburg, 10. Juni. Geftern geriet das Laſtau der Bierbrauerei Döfter, von Herrenberg kommend, auf der Steige zwifchen Remmingsheim und Seebronn infolge Wärmelaufs der Fufsbremfe in Brand. Das Feuer griff fo rafch um fih, daß Chauffeur und Mitfahrer gerade noch mit heiler Haut herauskommen konnten. Der Wagen ift vollftändig verbrannt, die leeren Bierfäffer find verfoht und die Bierfaſchen in einen Scherbenhaufen verwandelt.

Rotenjol, 8. Juni. (Unterirdifche Gänge.) Beim Graben einer Wafferleitung ftieken die Arbeiter zufällig auf einen etwa 5 Meter tiefen Schacht, der ſchon ausgemauert und mit einem großen Stein bedekt war. Schon von oben jah man, daß am Grunde des Schachtes zwei Gänge, einer in nordöſtlicher, der andere in ſüdweſtlicher Richtung vorhanden waren. Einige beherzte Männer ftiegen in den Schacht und verfolgten mit elektriſchen Lampen die Gänge. Aber da ihre Kabelleitung nur etwa 30 Meter lang war, mußten fie wieder umkehren, ohne ein Ende der unterirdifchen Gänge feftſtellen zu können. Ob diefe Gänge mit dem nahegelegenen einftigen Kloſter Herrenalb in Verbindung ſtehen, ob fie von der einftigen Franzoſenſchlacht 1796 herrühren, wurde noch nicht feftgeſtellt. Die ganze Gemeinde ſteht vor einem Räfel über diefen hochinterſſanten Fall.

Stuttgart, 11. Juni. (Zufammenlegung der internationalen Solitude-Rennen.) Infolge Häufung der Wettbewerbe im Automobilsport in den kommenden Monaten und bedingt durch die wirtschafiliche ſchwere Lage, hat fih die Stuttgarter Solitude-Rennen G. m. b. H. entſchloffen, das auf 18. Juli angeſetzte internationale Rennen für Sportwagen mit dem Rennen für Rennwagen am 12. September zufammenzulegen.

Vom Verein für ländliche Wohlfahrtspflege. Der Verein für ländliche Wohlfahrtspflege in Württemberg und Hohenzollern bezieht mit feiner diesjährihen Jahresverfamlung die Feier feines 20jährigen Beſehens. Dazu waren zahlreiche tätige Mitglieder aus dem Lande erſchienen, außerdem der hochverehrte Vater der ländlichen Wohlfahrtspflege Prof. Dr. Söhrens-Berlin. In der Mitgliederverfamlung am Donnerstag vormittag gab der Vorſitzende den Gefchäftsbericht. Er ſprach von Koch, Röh, und Bügelkurſen, Vorträgen zur gefundheitslichen Volksbelehrung, allerlei Tätigkeiten für Heilmittelfunde, Wirkung bei der Bauernhofſchulſache unter anderem berichten. In der Nachmittagsverfamlung fand die Gedekfeier an die vor 20 Jahren erfolgte Gründung ſtat. Stadtpfarrer Kappus-Behlingen warf einen Rückblick auf die biſherige Entwicklung des Vereins. In zwei anſchließlichen Vorträgen ſprachen dann Stadtpfarrer Sandberger-Behlingen und Rektor Föhle-Zeil über „Gemeindeabend“.

Obertürkheim, 11. Juni. (Im Eifenbahnwagen geſtoßen.) Heute morgen ift Eifenbahnoberinfpektor Theodor Benneder im Zug, der ihn wie alltäglich zur Stätte feiner Tätigkeit bei der Generaldirektion der Reichsbahn bringen follte, zwifchen Ober- und Untertürkheim einem Herzſchlag erlegen.

Merlingen O. Leonberg, 11. Juni. (Im Streit erſchoſſen.) Bergangene Nacht gegen 12 Uhr wurde der frühere Sägmühlebeſitzer Heintel von dem Nachtwächter Sapper nach kurzem Wortwechfel in einer Wirtschafilich durch drei Schüffe in den Unterleib getötet.

Metzingen, 11. Juni. (70. Geburtstag.) Oberſt von Biela feierte am 10. Juni den 70. Geburtstag. Er ift aus dem Grenadierregiment Königin Olga hervorgegangen und war in feiner letzten Friedensſtellung Kommandeur des biſigen Landwehrbezirks. Den Krieg machte er bei einer Landwehrdivision im Weſten mit. Um die Heimattunde hat er ſich viele Verdienfte erworben. Als eifriger Jäger ift er auch ein feiner Beobachter der Naturwelt.

Künzelsau, 11. Juni. (Schwere Anfälle.) Landwirt Braun von Garndberg ſtürzte nachts auf der Gaibacher Steige beim Ausweichen vor einem Fufzwert vom Fahrrad und war ſofort tot. Ein bei Wertmeiſter Bauer beſchäftigter Maurer von Nagelsberg kürzte vom Dache, brach beide Beine iowie einen Arm und erlitt nicht unbedeutende Verletzungen im Geſicht.

Ulm, 11. Juni. (Erdrück.) Der verheiratete Hilfsmaſchinenkölle wollte in der Gaofabrik einen Kohlenbunker abſtellen, wurde dabei von der laufenden Lademaſchine erfoht und zwifchen ihr und einem eifernen Träger eingeklemmt. Nach Befreiung aus feiner Lage findte Kölle vollftändig zſammen. Er ſtarb auf dem Weg ins Krankenhaus.

Pforzheim, 11. Juni. In vorgangener Nacht hat fih hier ein 36 Jahre alter verheirateter Faſter wegen Familienzwiftigkeiten und Arbeitslofigkeit vergiftet. In der benachbarten Gemeinde Büchenbronn wurde geftern nacht die dortige Gemeindefaſe, in welcher fih der Betrag von rund 2500 Mark befand, geſtohlen.

Aus Stadt und Land.

Altenſteig, den 12. Juni 1926.

Tagung des Württ. Forſtvereins in Freudenſtadt vom 14. bis 17. Juni. Vom 14. bis 17. Juni findet in Freudenſtadt die Tagung des württembergifchen Forſtvereins ſtat. Vorgeſehen ſind u. a. Waldbegänge durch den Stadtwald Freudenſtadt, durch die Staatswaldungen der Forſtbezirke Freudenſtadt (Hirſchlopf). Am Mittwoch finden Verhandlungen im Kurtheater ſtat, bei denen mehrere Vorträge gehalten werden. Anſchließend an die Tagung ift eine größere Autofahrt durch den nördlichen Schwarzwald geplant.

Waldberg, 10. Juni. (Vermiſt.) Seit geftern mittag wird der auf Befuch bei Forſtwart Hörner weilende 64jährige Reffe Erwin Schuster von Sach bei Altmiffen vermiſt. Wer weiß etwas über den Verbleib deſſelben!

Calw, 11. Juni. Die Kraftwagenlinie Calw-Herrenberg wird nun nicht durch die Poſt ſondern durch einen Privatunternehmer, der von dem Gemeindevorband vertraglich angeſtellt ift, betrieben. Die Linie ift nun 18 Tage im Betrieb und hat eine Einnahme von täglich durchschnittlich 80 Mark erzielt. Die täglichen Betriebskoſten betragen etwa 50 Mark. Der Unternehmer hat täglich drei Fahrten auszuführen und noch eine Fahrt für den Arbeiterverkehr von Stammheim nach Calw. Für diefe 3 Kilometer lange Strecke löſtet eine Fahrt bei Lösung einer Wochenkarte nur 20 Pf. Für den Arbeiterverkehr ift bereits die Anſchaffung eines zweiten Wagens vorgeſehen. Wenn die Entwicklung der Linie fo bleibt oder noch weiter fortfchreitet, fo ift ſie für die Bevölkerung der Gegend von ſehr großem Nutzen. Die Linie wird ſich deshalb voraussichtlich gut rentieren, da ſie ſich nicht auf den Arbeiterverkehr ſtützen muß, denn die reinen Arbeiterverkehrslinien find großen Schwankungen in der Benützung unterworfen und gehen oft wieder ein, wie die Linie Simmozheim-Weilberſhad.

Die Aufſtellung einer neuen Akkumulatorenbatterie für das fädt. Elektrizitätswerk wird nun an die Firma Gottfried Hagen in Köln um den Betrag von 17272 Mark vergeben. — Nachdem ſchon 2 Benzinapfellen aufgeſtellt ſind, kommt noch eine dritte zur Errichtung in der Biſchofsſtraße an dem Hauſe von Turmuhrfabrikant Vertot.

Die Ortsgruppe der Deutſchen Pfadfinderſchaft, die Nachfolgerin der Jungdeutſchlandgruppe, hat um Ueberlaſſung eines fädtifchen Raumes für ihre Unterhaltungsabende nachgeſucht. Der Gemeinderat beſtimmt hierfür ein Zimmer im Kaffehaus, ebenſo erhält die Ortsgruppe des Reichsbanners einen Spielplatz auf dem Calwer Hof. — Die angeſtrebte Erbauung eines Dienſgebäudes für Eifenbahnbeamte kommt nicht zuſtande, da die Reichsbahn durch die Reparationsleiſtungen ſtark in Anſpruch genommen ift und außerdem an den Kraftwagen eine ſtarke Konkurrenz hat. — Da die Einnahmen beim Kinderfeſt nicht ganz zur Deckung der Koſten ausgereicht haben, bewilligt der Gemeinderat einen Zuſchuß von 100 Mark. — Ein Geſuch der Thüringer Gaſegeſellſchaft um Beitritt der Stadt und Aufnahme des fädtifchen Gaſewerks in ihre Geſellſchaft wird rundweg abgelehnt. — Die Deutſche Heilſtätte in Dapoz erhält einen Beitrag wie früher von 20 Mark. — Die Verpachtung der fädtifchen Almandſtücken hat einen Betrag von 1974 Mark ergeben. Der Morgen kommt durchschnittlich auf 70 Mark, für einzelne Pläge wurde bis zu 100 Mark geſteigert.

Stammheim bei Calw, 10. Juni. Auch unſere Gemeinde hat jetzt eine Schiebbahn. Sie wurde vom Veteranen- und Militärverein erſtellt und blickt mit Stolz vom Dama herunter auf die Gemeinde. Der Platz ift in der Nähe des früheren Ausſichtsturmes herrlich gewählt, ein wunderbarer Rundblick über das Ragoldtal hinweg auf die Höhen und Ortſchaften des Calwer Schwarzwalds erfreut das Auge des Beſuchers. Am 20., 26. und 27. d. M. ſind den Preisrichter ſtat zur Einweihung der Schiebbahn, die vom Bahnhof Calw durch das an Naturschönheiten

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Gegen Schwarz-weiß-rot. Wie die Morgenblätter melden, nahm der sächsische Landtag einen linkssozialistischen Antrag, der das Hissen schwarz-weiß-rotter Fahnen auf den sächsischen Gebäuden verbietet, mit 47 gegen 43 Stimmen an.

Ein Schnellzug entgleist und abgestürzt. Einer Londoner Meldung der S. Z. zufolge entgleiste zwischen Sidney und Brisbane in Australien ein Schnellzug und stürzte von einer 12 Meter hohen Brücke ab. 5 Personen wurden getötet, 10 verletzt. Es handelt sich durchwegs um Mitglieder einer auf einer Gastreise befindlichen Londoner Interessengruppe.

Gerichtssaal

Verurteilter Spion

Stuttgart, 10. Juni. Vor dem Strafenat des Oberlandesgerichts ist neuerdings wieder ein Spion zur wohlverdienten Strafe verurteilt worden. Angeklagt war der nunmehr 27 Jahre alte Kaufmann Alfons Grabert von Tübingen, der im Frühjahr 1922 während der Zugehörigkeit zur Schutzpolizei in Stuttgart durch die mit ihm befreundete, wie ihm bekannt, im Dienste des französischen Nachrichtendienstes stehende Kellnerin S. St. sich bestimmen ließ, ihr mehrere, ihm dienstlich zugewandte Angelegenheiten der Schutzpolizei betreffende Schriftstücke auszuhändigen. Grabert, der von den Franzosen für seine Spionagetätigkeit auch mehrfach Geldbeträge im damaligen Wert von mindestens 16 Goldmark erhalten hatte, wurde zu der Zuchthausstrafe von 1 Jahren und Anrechnung von 9 Monaten Untersuchungshaft sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt. Die D. St. ist bereits im Herbst 1922 von dem Reichsgericht wegen verurteilter Auspöhlung militärischer Geheimnisse abgeurteilt worden.

Öffentlicher Sprechsaal

(Für Einsendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die präziseste Verantwortung.) In jetziger Zeit des höchsten Saftlaufs der Pflanzen kann man in hiesiger Stadt beobachten, wie der von der Stadt bezahlte Gärtner die städtischen Bäume ausfägt. Das ist eine ungläubliche Kohlei. Ein Naturfreund.

Handel und Verkehr.

Wirtschaftliche Wochenchau

Werte. Die Börse bemerkt große Zurückhaltung und das Niveau hat sich nicht unbedeutend gehoben. Die kühnliche Dampfbewegung der letzten Woche hat eine empfindliche Dämpfung erfahren. Die Kursbewegung war sehr spekulativ und fand in einem Kontrast in der allgemeinen Wirtschaftslage. Die Ermäßigung des Reichsbankdiskonts hat sich jetzt nur leicht an der Börse ausgewirkt. Geldmarkt. Die Diskontermäßigung der Reichsbank hat wieder abnehmend aufgenommen, beläuft sich diesmal jedoch nur auf 1/4 Prozent, während die früheren Ermäßigungen immer 1 Prozent betragen hatten. Im Ausland der Reichsbankdiskontermäßigung sinken auch zum Teil die Diskontsätze der Banken, die dann noch 7 1/2 Prozent betragen, was nach einem monatlichen Anschlag von 12 Prozent ist, wobei die Diskontsätze der Privatbanken noch langsamer sich auf 12 Prozent bewegen. Die Reichsbank begründet die geringe Ermäßigung damit, daß die letzte Geldmarkt- und Wirtschaftslage ein vorübergehendes Besetzen aussieht erheben läßt. Der Geldmarkt ist aber wieder ruhig. Die bisherigen Anleihsanktionen haben eine Verknappung nicht bewirkt. Produktionsmarkt. An den Getreidemärkten waren die Preise etwas höher. Die Umfänglichkeit blieb jedoch gering. An der Stuttgarter Produktionsmarkt blieben Getreide und Erbsen mit 7 bzw. 8 1/2 A pro Doppelcentner unverändert. An der Berliner Produktionsmarkt notierten Weizen 205 (inkl. 1/2), Roggen 181 (inkl. 1/2), Hirsenerbse 180 (inkl. 1/2), Sommergerste 200 (inkl. 1/2), Haber 208 (inkl. 1/2) Markt pro Doppelcentner. Getreidemärkte. Die Wirtschaftslage befindet sich in zunehmender Besserung. Wie die Krise aber voll überwunden ist, müssen wir mit einem länger andauernden Ueberzugszustand rechnen. In Berlin ist der große Reichsbankdiskontermäßigung entgegengetreten, der die Erzeugung und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft unterstützen soll. Seine Ergebnisse werden für unser Wirtschaftsleben von großer Bedeutung sein. Auf den einzelnen Warenmärkten haben sich wenig Änderungen vollzogen. Die Beteiligungsindustrie liegt über die Umsatz der Beteiligungen, die den Absatz von Sommerwaren stark bemutet. Auf den Viehmärkten haben sich die Preise stabil gehalten. Auf den Rohstoffmärkten ist die Stimmung ruhig.

Wirtschaft

Die amtliche Großhandelsstatistik vom 9. Juni 1926. Die auf den Zeitraum des 9. Juni berechnete Großhandelsstatistik des Reichsbankdiskonts ist gegenüber dem 2. Juni bei im einzelnen nur geringen Preisveränderungen mit 122,7 gegenüber 122,5 geblieben.

Getreide

Berliner Produktionsbörsen vom 11. Juni. Weizen märz. Juli 190 140 bis 150, Roggen märz. 179-189, Sommergerste 187-200, inkl. Futtergerste 173-195, Weizenhefe 27,25-30,50, Roggenhefe 26,25-28,75, Dinkelhefe 10, Roggenhefe 11,40-11,50, Weizenkeimlinge 30-40, K. Weizenkeimlinge 27-28, Futtererbsen 22-27, Leinöl; heftig. Weizenhefe. Biberach: Weizen 8,70-9, Haber 9,50-10,50, Roggen 9,50, Erbsen 12,00 A. - Eisenach: Weizen 10-11, Haber 10,20 bis 11, - Sillerthal: Weizen 11,50-12, Roggen 9,90, Weizen 1,00, Haber 9,40-9,70, - Wansleben: Weizen 10-11, Haber 10 bis 11,50 Markt pro Zentner.

Märkte

Wiesbadener Schlachtwiehmärkte vom 10. Juni. Metzler: 57 Rinder, 1 Schaf, 90 Schweine, 6 Stück Großvieh. Preise: Rinder 70-75, Schaf 75-81, Verkauf langsam. Wiesbadener Sparochmarkt vom 9. Juni. Zum Sparochmarkt wurden 10-12 Schweine angebracht. 1. Serie kostete 60-80, 2. Serie 55 bis 60 A.

Wiesbadener Markt: Ochsen 1200-1700, Kühe 820-950 das Paar, Rinde 250-320, Kalbinnen 300-320, Jungrinder 210-280, - Ferkel: 110-150, Jungschweine 225-250, Jungrinder 400-440, 1 Kuh mit Kalb 600, Kalbinnen 430-750, Jungrinder 290-320 A. - Sandstein: Haber und Weizen 170-220, Rinde 210, Ochsen und Kühe 170, Damm 170-250. - Silberhader: Ochsen 1400-1600, Kühe 500 bis 1200 pro Paar, Rinde 375-500, Kalbinnen 450-700, Rinder 900-1000, Ferkel 125-200. - Eisenach: Jungrind 100-220, Rinder 220-350, Kalbinnen 250-350 A. le das Stück. Schweinepreise, Calw: Ferkel 50-60, Milchschweine 35-47 A. - Sillerthal: Ferkel 50-60, Weizen 200-300, - Eisenach: Milchschweine 35-40 A. - Sandstein: Milchschweine 200-250, Ferkel 45-50, Haber 90-90 A. - Eisenach: Haber 120-150, Milchschweine 40-50 A. - Eisenach: Milchschweine 90 bis 95 A. - Eisenach: Milchschweine 35-40, Haber 50-107 Markt das Stück.

Vornhan, 10. Juni. (Marktbericht.) Der heutige Viehmarkt war wegen des Regenwetters nur mäßig stark befahren. Auftrieb 68 Stück Rindvieh. Handel schleppend. Verkäufer hielten zurück. Viele fremde Händler am Platz. Preise auf der Höhe bleibend. Nachfrage herrschte nach Jungvieh. Es wurden verkauft: Kühe zu 400 bis 580 A. Kalbinnen trächtig 400-620 A., Ochsen das Paar 1050 A. Rinder jährlich 220-350 A., halbjährig 180-230 A. Milchschweine Preis 72-90 A. Krämermarkt war schwach vertreten.

Viegegeschäftsverläufe

Horb, 10. Juni. Josef Duffner, Landwirt hier, verkaufte sein landwirtschaftliches Aussehen samt lebendem und totem Inventar an Christian Frick, Holzbauer, Sohn des Traubenwirts Frick in Reinerthau O.A. Freudenstadt.

Die wirtschaftliche Lage des Schwarzwälder Handwerks im Monat Mai 1926

Dazu teilt die Handwerkskammer Reutlingen mit: Der anhaltend schwere Druck der allgemeinen Wirtschaftslage ließ auch im Monat Mai eine merkliche Besserung des Geschäftsganges im Handwerk nicht aufkommen. Der Verkauf scheint allerdings den eingelaufenen Berichten nach ein Stillstand eingetreten zu sein und eine gewisse Erleichterung der Geschäftslage gegenüber den letzten Monaten wenigstens bei einigen Berufen und an bestimmten Orten sich bemerkbar zu machen. Von einer durchgreifenden Wendung zum Besseren kann jedoch keineswegs gesprochen werden. In den meisten Handwerkszweigen hielt der langsame Eingang der Aufträge an, welche zudem meistens nur aus Reparaturen und vielleicht noch aus kleineren Neuherstellungen bestanden. Selten wurden größere Arbeiten vergeben. Infolgedessen war der Arbeitsanfall vielfach nicht groß genug, um die Leistungsfähigkeit der Betriebe voll in Anspruch zu nehmen, jedoch die Arbeitszeit oft und zum Teil ganz erheblich eingeschränkt blieb und die Zahl der beschäftigten Gesellen die sonst um diese Zeit übliche Höhe bei weitem nicht erreichte. Ebenso mangelte genügendes Abnahme der Erzeugnisse häufig auf Vorrat genommen werden, was natürlich auf die Beweglichkeit der Betriebe außerordentlich lähmend einwirkte und bei dem Fehlen eines hinreichenden Betriebskapitals die Handwerker dazu nötigte, den Käufern weitgehende Preiszugeständnisse zu machen, die die Möglichkeit zur Erzielung selbst eines bescheidenen Gewinnes nicht mehr gaben. Sehr ungünstig und nachteilig war für das Handwerk die anhaltend niedrige Lage der Landwirtschaft, welche lediglich die allernotwendigsten Anschaffungen machte. Sogar die landwirtschaftlichen Maschinenverhältnisse sind recht spärlich von ihr ein. Auch bei der Industrie haben sich die Verhältnisse wenig geändert. Zahlreiche Werke arbeiten verlustig und mit stark vermindertem Beschäftigt oder liegen ganz still. Weite davon betroffene Volksschichten hatten deshalb keine Möglichkeit, ihren Verbrauch zu steigern. Von öffentlichen Körperlichkeiten konnten gleichfalls Aufträge nur in ganz geringem Umfang herbeigekommen werden. Auf dem Arbeitsmarkt herrschte infolge der geringen Beschäftigungsmöglichkeit weiterhin ein starkes Angebot an Fachkräften vor, während die Nachfrage bei der sehr begrenzten Aufnahmebereitschaft der Betriebe andauernd schwach blieb. Lohnbewegungen haben in der Berichtszeit keine stattgefunden. Die vom Handwerk benötigten Rohmaterialien waren stets in genügender Menge zu erhalten. Die Preise derselben sind im wesentlichen gleich geblieben. Teilweise zeigten sie etwas nach unten, ohne daß sich jedoch der Rückgang besonders fühlbar gemacht hätte. Die Zahlungsbedingungen der Lieferanten ließen es da und dort noch an genügendem Entgegenkommen fehlen, da der Handwerker beim besten Willen nicht immer in der Lage ist, innerhalb der festgesetzten Zahlungsfrist die fällige Summe aus den Forderungen an seine eigenen Kunden zusammenzubringen. Gerade dadurch erhöht die Geschäftsführung des Handwerks eine außerordentlich starke Erschwerung, denn ohne weitgehende Kreditgewährung seinerseits ließ sich eben ein großer Teil des Publikums zur Erteilung von Aufträgen nicht bewegen. Der Zahlungsverkehr mit der Kundschaft wickelte sich trotz weiten Entgegenkommens immer noch sehr schleppend ab. Vielfach konnten nur durch dauerndes Vorstellwerden die längst verfälligen Beträge herbeigekommen werden, jedoch der Handwerker sah genötigt, selbst wieder Kredit zur Abdeckung seiner Verpflichtungen aufzunehmen, der nicht nur hoch zu verzinsen, sondern auch schwer erhältlich ist. Das Einziehungsamt der Handwerkskammer wurde von den Handwerkern in Anbetracht der vielen fälligen Schulden lebhaft in Anspruch genommen. Langfristiger Kredit, welcher vor allem für die Verhältnisse des Handwerks in Betracht kommt, ließ sich zwar wohl im Zusammenhang mit der Fälligkeit des Geldmarktes eher beschaffen als in den vergangenen Monaten; jedoch schickte man die geplante Kreditaufnahme daran, daß von den Kreditinstituten durchweg sehr weitgehende Sicherheiten verlangt werden, die häufig in der für den notwendigen Kreditbetrag erforderlichen Höhe nicht vorhanden sind. Die Zinssätze bewegten sich durchschnittlich zwischen 12 und 15 Proz. pro Jahr. Begünstigt durch die große Arbeitslosigkeit hat sich der Haus- und Handel weiter ausgedehnt und allmählich nicht nur zum Schaden des anstehenden Gewerbes, sondern auch häufig zum Nachteil der Bevölkerung einen großen Umfang angenommen.

Wie im Vormonat wurde in einzelnen Handwerksberufen lebhaft darüber geklagt, daß die getriebenen Facharbeiter aus den Industriebetrieben, welche Kurzarbeit eingeführt haben, dem Handwerk mancherlei Aufträge entziehen. Die schon im letzten Bericht zum Ausdruck gebrachten Bedenken, daß die Senkung einiger Reichsteuern durch die großen Abgaben an Gebäudeerhaltungssteuer mehr als ausgeglichen werde, die erwartete Erleichterung also keineswegs eintrete, finden ihre Bestätigung in den Ausführungen der verschiedenen Einzelberichte. Immer wieder wird diese Steuer als besonders hart und auf die Dauer geradezu unerträglich empfunden. Es ist zu befürchten, daß die in Aussicht genommene nochmalige Erhöhung derselben dem Handwerk eine Belastung bringt, deren Auswirkungen eine weitere starke Erschwerung seiner Lebensmöglichkeiten mit sich bringen. Angesichts der starken Belastungen an Steuern, Zinsen, Frachten, Telefongebühren, Strompreise, Versicherungsbeiträgen, sowie der vielfach indizierten Rohstoffe und Halbfabrikatspreise konnte sich die Preisbildung im Handwerk noch nicht in dem gewünschten Umfang der Kaufkraft der Bevölkerung angleichen. Die Lage im Baugewerbe konnte trotz der schon weit vorgeschrittenen Kaufkraft nicht befriedigen. In einigen Gemeinden des Kammerbezirks war die Bautätigkeit zwar etwas lebhafter. Die Mehrzahl der Betriebe weist aber im Vergleich zum Vorjahr doch einen wesentlich schwächeren Arbeitsanfall auf, was sich darin am deutlichsten zeigt, daß die Zahl der beschäftigten Bauarbeiter bei weitem nicht so groß ist wie damals. Für den Betriebsinhaber erwachsen daraus manche Schwierigkeiten, da unter diesen Umständen die einzelnen Betriebe vielfach nur mit finanziellen Opfern sich aufrechterhalten ließen. Gleichzeitig wird damit eine Unsicherheit in das Baugewerbe hineingetragen, welche die Geschäftsführung sehr erschwert. Für das Bauebenengewerbe brachte der Berichtsmonat im Zusammenhang mit der geringen Bautätigkeit gleichfalls keine wesentliche Besserung des Geschäftes. Dem Bekleidungs- und Schuhgewerbe gab die Frühjahrsaison und das Pfingstgeschäft wohl etwas mehr Beschäftigung. Die Aufträge haben jedoch nicht den Erwartungen entsprochen, da die mangelnde Kaufkraft des Publikums daselbst zu starker Zurückhaltung zwang. Im Metallgewerbe fehlt es ebenfalls an genügend Aufträgen, namentlich Neuarbeiten seien selten an. Das Geschäft beschränkte sich in der Hauptsache auf die Ausführung von Reparaturen. Bei den holzverarbeitenden Handwerkszweigen lagen die Verhältnisse ähnlich. In der Schreinerlei ist nach einer vorübergehenden etwas lebhafteren Nachfrage nach Möbeln der Absatz wieder sehr schleppend geworden. Um die Erzeugnisse verkaufen zu können, mußten den Käufern meistens sehr entgegenkommende Preise und sonstige Erleichterungen der Zahlungsbedingungen gewährt werden. Auch die übrigen Berufsberichte von einem anhaltend ruhigen Geschäftsgang.

Letzte Nachrichten.

Kabinettsberatung

Berlin, 12. Juni. Gestern abend trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen, in der, den Blättern zufolge, zunächst der Leiter der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, Ministerialdirektor Pose, über den Stand der Pariser Verhandlungen Bericht erstattete. Das Kabinett beschäftigte sich weiter mit der Frage der landwirtschaftlichen Zölle und beriet über das Volksbegehren zur Aufwertungsfrage. Wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, kam in der Sitzung auch die Angelegenheit Dornmüller zur Sprache. In dieser Frage hatte, dem Blatt zufolge, zwischen dem Reichkanzler und dem Reichsinnenminister eine Fühlungnahme mit dem Präsidenten des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft, Dr. von Siemens, stattgefunden.

Sympathiestreik der Hochschulen?

Berlin, 12. Juni. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ ist von der Studentenschaft in Hannover eine Anregung ausgegangen, einen Sympathiestreik sämtlicher Hochschulen Deutschlands am kommenden Dienstag zu veranstalten.

Französische Maßnahmen gegen die elsass-lothringischen Autonomisten

Paris, 12. Juni. Justizminister Laval, dem die elsass-lothringischen Angelegenheiten unterstehen, hat gegen etwa 30 Unterzeichner eines kürzlich veröffentlichten Aufrufs für die Autonomie Elsass-Lothringens strafrechtliche Maßnahmen angeordnet. Die an dem Manifest beteiligten Beamten wurden vorläufig ihres Dienstes enthoben, während gegen die beteiligten Religionsdiener des entsprechenden Disziplinarverfahren eingeleitet werden soll. Der Justizminister hat den Vorsitzenden der elsass-lothringischen Kommissionen in Kammer und Senat seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht, ihnen über die Maßnahmen Mitteilung zu machen, die er bereits getroffen habe und noch treffen werde, um einer antinationalen Campagne ein Ende zu bereiten, die von der Regierung nicht geduldet werden könne und die außerdem von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung in Elsass-Lothringen verurteilt (?) werde.

Mutmaßliches Wetter für Sonntag und Montag

Infolge der westlichen Depression bleibt die Wetterlage vorerst noch unbedeutend. Für Sonntag und Montag ist nur teilweise aufsteigendes, im übrigen mehrschicht bedecktes und teilweise regnerisches Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kautz. Druck und Verlag der W. Kiehl'schen Buchdruckerei Kitten.

Persil 1 Paket reicht für 2 1/2 - 3 Eimer Wasser! Bitte beachten Sie diesen Punkt genau! Es ist für ein tadelloses Waschergebnis unbedingt erforderlich, die richtige Menge Persil zu nehmen!

Suche auf 15. Juni oder 1. Juli eheliches, fleißiges Mädchen das schon gedient hat. Frau Gustav Koch, Nagold.

### Bekanntmachung

betreff:  
**Feuerwehrrabgabe.**

Alle männlichen Einwohner der hiesigen Stadtgemeinde vom vollendeten 18ten bis zum vollendeten 60ten Lebensjahr, welche in der Feuerwehr keinen Dienst leisten, haben eine je am 1. April verfallene jährliche Abgabe als Beitrag zu den der Gemeinde obliegenden Kosten für das Feuerlöschwesen zu entrichten.

Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind Kranke u. Gebrechliche, welche ein ärztl. Zeugnis beibringen, Ärzte und Apotheker, Geistliche und die sonst durch öffentliche Berufspflicht Verhinderten.

Laut Gemeinderatsbeschluss sind für das Rechnungsjahr 1926 zu bezahlen:

in Klasse I	—: 3 Goldmark
II	—: 6 „
III	—: 10 „
IV	—: 15 „
V	—: 20 „

Die Einteilung der Abgabepflichtigen in die einzelnen Klassen wurde vorgenommen. Das Verzeichnis liegt vom 14. bis 27. Juni ds. Js.

während der üblichen Kanzleistunden auf dem Rathaus (Zimmer Nr. 11) zur Einsichtnahme auf.

Etwalige Einwendungen gegen die Heranziehung zur Abgabe oder gegen die Einteilung in die einzelnen Klassen sind innerhalb dieser Frist beim Stadtschultheißenamt anzubringen.

Nachträglich erhobene Einwendungen finden keine Berücksichtigung.

Altensteig-Stadt, den 12. Juni 1926.  
Stadtschultheißenamt:  
H. B. Krapf.

### Bekanntmachung.

Es besteht Veranlassung, auf die ortspolizeiliche Vorschrift vom 15. Juni 1896 hinzuweisen, wonach das Schalenanlassen des Hausgeflügels (Hühner, Gänse, Enten usw.) innerhalb und außerhalb Etters verboten ist. Uebertretungen werden nach Art. 34, Ziff. 1, Pol. Str. Gesetz bestraft.

Altensteig, den 11. Juni 1926.  
Stadtschultheißenamt: H. B. Krapf.

### Bekanntmachung.

Vor dem Postgebäude ist ein Fahrrad stehen geblieben. Eigentumsansprüche sind innerhalb 8 Tagen auf der Polizeiwache geltend zu machen.

Altensteig-Stadt, den 11. Juni 1926.  
Stadtschultheißenamt: H. B. Krapf.

Altensteig-Stadt.

### Der Grasertag

von zirka 19 ar der fe. Wurster-Stiehl'schen Wiese in der Reute wird am Montag, nachm. 8 Uhr am Plage verkauft.  
Stadtpflege.

Altensteig-Stadt.

### Ein Schlachtfarren

ca. 16 Str. schwer wird verkauft. Schriftl. Angebote bis Mittwoch nachm. 8 Uhr an  
Stadtpflege.

Beuren.

### Langholzverkauf.



Die Gemeinde bringt am Montag, den 14. Juni ds. Js., vormittags 9 Uhr auf dem Rathaus aus Abteilung 3

62,32 Festmeter Forchen  
29,43 „ Tannen

im öffentlichen Aufsteich zum Verkauf.  
Den 10. Juni 1926.

Gemeinderat.

**Deutschland-Fahrräder**  
Auch Qualitätsmarke direkt ab Fabrik  
Nähmaschinen, Uhren, Waffen  
Fahrrad-Fabrik  
**AUGUST STUKENBROK, EINBECK 16**  
Größtes Fahrradhaus Deutschlands  
Sportartikel aller Art. Preisliste kostenfrei

### W. Jorkant Altensteig. Nadelstammholz- Verkauf.

Am Mittwoch, den 23. Juni 1926, vormittags 9 Uhr in Altensteig im Gasthof zum grünen Baum aus dem ganzen Forstbezirk: 1116 Fk. u. 188 La. mit Fm. Langh.: 97 I., 249 II., 395 III., 201 IV., 89 V., 5 VI. Kl. Säg.: 1 I., 12 II., 2 III., 121 Fo. mit Fm. Langholz: 13 II., 41 III., 23 IV., 2 V. Säg.: 3 II., 1 III. Klasse. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Altensteig.

### Werkzeuge

für die

### Bauaison:

Sperrkeller  
Traufeln  
Spachteln  
Spereisele  
Hammerbeile  
Sperrhämmer

Mauerkeilen  
Mauerhämmer  
Steinschlegel  
Fänstel  
Boffierhämmer  
Zweispitzen  
Ziegelhämmer  
Steinbürsten  
Steinhauerwinkel  
Wasserwaagen  
Senkel

Kreuzpickel  
Schaufeln  
mit und ohne Stiel  
Stiele  
Siebkannen oval, verzinkt  
Schottergabeln

empfehlen zu billigsten Preisen bei bester Ware

### Henssler Eisenwarenhandlg.

Kirchliche Nachrichten.

2. S. nach Dr., 13. Juni, Vormittagsgottesdienst um 1/10 Uhr mit Predigt über 2. Tim. 1, 3-7: Unser Erbe. Lied 15.

Nachher Kindergottesdienst. Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre mit den Töchtern. Abends 8 Uhr Gemeinschaftsstunde.

Am Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr Bibelstunde im Luther-saal.

Methodistengemeinde.

Sonntag, 13. Juni, vorm. 1/10 Uhr Predigtgottesdienst, mit musikalischen Darbietungen des Stuttgarter Streich-Orchesters. Vormittags 11 Uhr Sonntagsschule, nachm. 2 Uhr Geistliches Konzert gegeben vom Stuttgarter Jugendbund d. Methodist.-Kirche. Eintritt 50 Pf. Programm am Eingang erhältlich.

Mittwoch, den 16. Juni 1926, abends 8 1/2 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

### Die schwäbische Bilderbühne

wird am Samstag, den 12. Juni und Sonntag, den 13. Juni je abends 8 Uhr im Saale des grünen Baum in Altensteig den Film von der großen Mount-Everest-Expedition

### „Zum Gipfel der Welt“

vorführen. Der Film stellt ein Kulturdokument ersten Ranges dar und ist ein Wunderwerk der Photographie.

Eintritt: I. Platz 80 Pfennig, II. Platz 60 Pfennig.

Altensteig-Stadt.

### Freiwillige Feuerwehr.



Aus Anlaß der im gestrigen Tannenblatt ergangenen Einladung zum

### Feuerwehrtag in Simmersfeld

beteiligt sich nun auch die hiesige Feuerwehr.

Diejenigen Mitglieder, welche daran teilnehmen, wollen sich bis heute Abend 7 Uhr beim Kommando anmelden. Fahrt frei. Abfahrt präzis 10 1/2 Uhr.

Den 12. 6. 26.

Das Kommando.

Altensteig.

### Sommerjoppen Sporthosen

gestr. Knabenanzüge  
blane Arbeitsanzüge  
Arbeits-hosen  
Gummimäntel  
Windjacken  
Anzugsstoffe

empfehlen billigst

### Scrib Bizemann.

Altensteig.

### Etter's Schnitter-Trank

flüssiger Mostansatz mit Süßstoff, wovon 1 Liter und 19 Liter Wasser 20 Ltr. guten Hausstrunk geben — per Liter zum Räumungspreis von **Mark 1.—**

bei

*Fritz Böhler*

Ich suche sofort:  
**ca. 100 Stangen**  
gemischt, Ia und Ib  
**und Hagstangen**

ungerepelt  
Zimmermeister Bürkle  
Nagold.

### Gelegenheitskauf

ein Posten Strickwesten

Einheitspreise Mk. 7.80, 12.—, 15.—  
solange Vorrat

bei Reinh. Hayer, Altensteig

### Oeffentliche Volksversammlung

findet statt, Sonntag, den 13. Juni abends 8 Uhr im Schwanensaal

### Thema: „Volksentscheid“

Hierzu geht an Alle herzliche Einladung.

H. Partei Altensteig.

Nichelberg.

Wir beehren uns, Verwandte und Bekannte zu unserer am Sonntag, den 13. Juni im Gasthaus zum Grünen Baum stattfindenden

### Nach-Hochzeit

freundlichst einzuladen

August Schaible | Emma Schaible  
Schuhmacher | geb. Schützler

Simmersfeld.

### Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unseres I. Schwieger- und Großvaters

### Friedrich Frey

Schuhmacher

erfahren durften, sagen wir herzlichen Dank. Besonders danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrverweiers Weil, für den erhebenden Gesang des Leichenchors unter Leitung des Herrn Hauptlehrers Claf, für die vielen Kranzspenden und die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

### Kropfkranke!

Sagitta-Balsam hat seit 40 Jahren Hunderttausenden bei Kropf, Blähgas, Sattels, Drüsenanschwellung geholfen. Vollkommen unschädlich. Unauffällige Anwendung. Preis M. 1.80. Sagitta Struma Tabletten dazu genommen verstärken die Wirkung. Sind auch best. Vorbeugungsmittel gegen Kropf. Preis M. 2.20. In allen Apotheken erhältlich. Stets vorräthig: Schlier. Apotheke Altensteig. Apotheke Pfalzgrafenweiler.

